VERBAND DEUTSCHER STUDENTENSCHAFTEN (vds)

3001
72-1

V O R E N T W U R F

eines Gesetzes über Ausbildungsförderung

formuliert durch

das Bundesministerium für Familie und Jugend

auf Grund der Meinungsbildung

des Bundestagsausschusses für Familien- und Jugendfragen

in der 1. Lesung der Entwürfe für ein Gesetz über
Ausbildungsförderung der Bundestagsfraktionen der

FDP, SPD und CDU/CSU

(BT-Drucks. V/2416, V/ 3090 und V/3554)

- Stand 21. März 1969 -

21. März 1969

G l i e d e r u n g

§ 1 Grundsatz

Abschnitt I: Förderungsbereich

§ 2 Schulische Ausbildung

§ 3 Zweiter Bildungsweg

§ 4 Betriebliche Ausbildung

§ 5 Ausbildung im Inland

§ 6 Ausbildung im Ausland

§ 7 Ausbildungswege

Abschnitt II: Persönliche Voraussetzungen

§ 8 Staatsangehörigkeit

§ 9 Eignung

§ 10 Alter

Abschnitt III: Leistungen

§ 11 Umfang der Ausbildungsförderung

§ 12 Bedarf für Schüler

§ 13 Bedarf für Studierende

§ 14 Einkommensbegriff

§ 15 Berechnungszeitraum für das Einkommen des Auszubildenden

§ 16 Anrechnung des Einkommens des Auszubildenden

§ 17 Berechnungszeitraum für das Einkommen der Eltern und des Ehegatten

§ 18 Anrechnung des Einkommens der Eltern und des Ehegatten

§ 19 Anrechnung des Vermögens

- § 20 Anpassung der Bedarfssätze und Freibeträge
- § 21 Förderungsarten
- § 22 Darlehnsbedingungen
- § 23 Förderungsdauer
- § 24 Förderungsdauer der Ausbildung im Ausland
- § 25 Übertragbarkeit des Anspruchs
- § 26 Rückzahlungspflicht

Abschnitt IV: Ansprüche gegen Dritte

- § 27 Leistungsverpflichtung der Eltern und des Ehegatten
- § 28 Vorausleistung von Ausbildungsförderung
- § 29 Überleitung von Unterhaltsansprüchen
- § 30 Überleitung von öffentlich-rechtlichen Leistungsansprüchen

Abschnitt V: Organisation

- § 31 Beauftragung der Bundesanstalt für Arbeit
- § 32 Mitwirkung der Ausbildungsstätten
- § 33 Beirat für Ausbildungsförderung
- § 34 Aufgaben des Beirats

Abschnitt VI: Verfahren

- § 35 Örtliche Zuständigkeit
- § 36 Antrag
- § 37 Ermittlungen, Amtshilfe, Auskunftspflicht
- § 38 Feststellung der Eignung
- § 39 Förmlicher Bescheid
- § 40 Bewilligungszeitraum und Zahlweise
- § 41 Änderungsanzeige
- § 42 Änderung des Bewilligungsbescheides

- § 43 Verletzung der Geheimhaltungspflicht
- § 44 Ordnungswidrigkeiten
- § 45 Rechtsweg

Abschnitt VII: Kostentragung

- § 46 Aufbringung der Mittel durch den Bund

Abschnitt VIII: Schlußvorschrift

- § 47 Abgrenzung zur Tuberkulosehilfe
- § 48 Berlin-Klausel
- § 49 Inkrafttreten

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrats das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Grundsatz

Auf Gewährung individueller Ausbildungsförderung haben junge Menschen einen Rechtsanspruch für eine ihrer Neigung und Eignung entsprechende Ausbildung, soweit ihnen die für Lebensunterhalt und Ausbildung erforderlichen Mittel nicht anderweit zur Verfügung stehen.

A b s c h n i t t I

Förderungsbereich

§ 2

Schulische Ausbildung

(1) Ausbildungsförderung wird gewährt für den Besuch von

1. weiterführenden allgemeinbildenden Schulen,
 2. Berufsfachschulen, Berufsaufbauschulen und Fachschulen, sofern er nicht nach den §§ 40 und 47 des Arbeitsförderungsgesetzes gefördert werden kann,
 3. Akademien, Ingenieurschulen und Höheren Fachschulen,*)
 4. nichtwissenschaftlichen Hochschulen,
 5. wissenschaftlichen Hochschulen,
- (2) Ausbildungsförderung wird nur gewährt, wenn die Ausbildung an einer öffentlichen oder ihr rechtlich gleichgestellten Einrichtung durchgeführt wird oder mit einer staatlichen, staatlich anerkannten oder akademischen Abschlußprüfung endet.
- (3) Ausbildungsförderung wird für ein Praktikum gewährt, das im Zusammenhang mit dem Besuch einer der in Absatz 1 Nr. 2 bis 5 bezeichneten Ausbildungsstätten geleistet werden muß.
- (4) Ausbildungsförderung wird für die Teilnahme an Einrichtungen des Fernunterrichts gewährt, soweit sie auf dieselben Abschlußprüfungen vorbereiten wie die in Absatz 1 bezeichneten Ausbildungsstätten und eine ganztägige Mitarbeit für die Dauer von mindestens sechs Monaten erfordern.
- (5) Ausbildungsförderung wird nur für die Zeit gewährt, in der die Ausbildung die Arbeitskraft des Auszubildenden voll in Anspruch nimmt.

§ 3

Zweiter Bildungsweg

- (1) Ausbildungsförderung wird gewährt für den Besuch von allgemeinbildenden Ausbildungsstätten des Zweiten Bildungsweges, die die schulischen Voraussetzungen für den Besuch einer der in § 2 Abs. 1 Nr. 3 bis 5 genannten Ausbildungsstätten vermitteln.

*) Eventuelle Ergänzung "und gleichartige Ausbildungsstätten."

§ 4

Betriebliche Ausbildung

- (1) Ausbildungsförderung wird gewährt für die Teilnahme
1. an einer betrieblichen Ausbildung in anerkannten Lehr- und Anlernberufen,
 2. an berufsvorbereitenden Maßnahmen, wenn sie für die Zulassung an einer Ausbildung nach Nr. 1 erforderlich ist.
- (2) § 2 Abs. 5 ist anzuwenden.

§ 5

Ausbildung im Inland

Ausbildungsförderung wird für die Ausbildung im Geltungsbereich dieses Gesetzes gewährt.

§ 6

Ausbildung im Ausland

- (1) Hat der Auszubildende seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes, so wird ihm für den Besuch einer außerhalb dieses Geltungsbereichs gelegenen Ausbildungsstätte Ausbil-

dungsförderung gewährt, wenn dies der Ausbildung förderlich ist. Das gilt nur für den Besuch von Ausbildungsstätten, die den im Geltungsbereich dieses Gesetzes gelegenen wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Hochschulen, Akademien, Ingenieurschulen und Höheren Fachschulen gleichwertig sind.

- (2) Deutschen im Sinne des Grundgesetzes, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben und dort eine Ausbildungsstätte besuchen, kann Ausbildungsförderung gewährt werden, wenn die besonderen Umstände des Einzelfalles dies rechtfertigen. Art, Form und Maß der Ausbildungsförderung sowie die Anrechnung des Einkommens und Vermögens richten sich nach den besonderen Verhältnissen im Aufenthaltsland.

§ 7

Ausbildungswege

- (1) Ausbildungsförderung wird bis zum Abschluß einer ersten berufsqualifizierenden Ausbildung gewährt.
- (2) Darüber hinaus wird Ausbildungsförderung für eine weitere Ausbildung gewährt,
1. wenn sie die erste Ausbildung in derselben Fachrichtung weiterführt,
 2. wenn die Abschlußprüfung der ersten Ausbildung den Zugang zu dieser Ausbildung eröffnet hat,
 3. wenn der Auszubildende eine allgemeinbildende Ausbildungsstätte des Zweiten Bildungsweges besucht oder dort die schulischen Voraussetzungen für die weitere Ausbildung erworben hat.

Im übrigen wird Ausbildungsförderung für eine weitere Ausbildung gewährt, wenn die besonderen Umstände des Einzelfalles, insbesondere das angestrebte Ausbildungsziel, dies rechtfertigen.

- (3) Hat der Auszubildende die Ausbildung aus wichtigem Grund abgebrochen, so wird Ausbildungsförderung für eine andere Ausbildung gewährt.

A b s c h n i t t II

Persönliche Voraussetzungen

Staatsangehörigkeit

- (1) Ausbildungsförderung wird gewährt,
1. Deutschen im Sinne des Grundgesetzes,
 2. heimatlosen Ausländern im Sinne des Gesetzes über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet vom 25. April 1951 (Bundesgesetzblatt I S. 269),
 3. Ausländern, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes haben und als Asylberechtigte nach § 28 des Ausländergesetzes vom 28. April 1965 (Bundesgesetzblatt I S. 353) anerkannt sind.
- (2) Rechtsvorschriften, nach denen anderen Ausländern Ausbildungsförderung zu gewähren ist, bleiben unberührt.

§ 9

Eignung

Ausbildungsförderung wird gewährt, wenn der Auszubildende für die Ausbildung geeignet ist. Dies wird angenommen, wenn seine Leistungen erwarten lassen, daß er das angestrebte Ausbildungsziel erreicht.

§ 10

Alter

- (1) Bei Besuch einer schulischen Ausbildungsstätte wird Ausbildungsförderung ab Klasse 10 gewährt.
- (2) Abweichend von Absatz 1 wird Ausbildungsförderung ab Klasse 5 gewährt, wenn infolge der Entfernung der Ausbildungsstätte vom gewöhnlichen Aufenthalt des Auszubildenden
1. eine auswärtige Unterbringung notwendig ist,
 2. Fahrkosten entstehen.
- (3) Ausbildungsförderung wird nicht gewährt, wenn der Auszubildende bei Beginn der Ausbildung das 30. Lebensjahr vollendet hat,

es sei denn,

1. daß der Auszubildende die schulischen Voraussetzungen für die zu fördernde Ausbildung im Zweiten Bildungsweg (§ 3) erworben hat,
2. daß (die Art der Ausbildung oder) die Lage des Einzelfalles die Überschreitung der Altersgrenze rechtfertigt.

A b s c h n i t t III

Leistungen

§ 11

Umfang der Ausbildungsförderung

- (1) Ausbildungsförderung wird für den Lebensunterhalt und die Ausbildung gewährt (Bedarf).
- (2) Auf den Bedarf sind Einkommen und Vermögen des Auszubildenden, seines Ehegatten und seiner Eltern in dieser Reihenfolge anzurechnen.
- (3) Einkommen und Vermögen des Ehegatten bleiben außer Betracht, wenn er von dem Auszubildenden dauernd getrennt lebt.
- (4) Besucht der Auszubildende nach Erlangung der Hochschulreife an einer allgemeinbildenden Ausbildungsstätte des Zweiten Bildungsweges (§ 3) eine wissenschaftliche oder nichtwissenschaftliche Hochschule, so sind nur Einkommen und Vermögen des Auszubildenden und seines Ehegatten anzurechnen.
- (5) Ist Einkommen oder Vermögen einer Person auf den Bedarf mehrerer Auszubildender anzurechnen, so wird es zu gleichen Teilen angerechnet. Dies gilt nicht, soweit dadurch der Bedarfssatz des Auszubildenden überschritten würde.

* SPD-Alternative:

- (4) Besucht der Auszubildende eine allgemeinbildende Ausbildungsstätte des Zweiten Bildungsweges oder, nachdem er die Hochschulreife an einer solchen Ausbildungsstätte erlangt hat, eine wissenschaftliche oder nichtwissenschaftliche Hochschule, so sind nur Einkommen und Vermögen des Auszubildenden und seines Ehegatten anzurechnen.

§ 12

Bedarf für Schüler

- (1) Als monatlicher Bedarf gelten bei Schülern der weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und der Berufsfach- und Berufsaufbauschulen ab Klasse 10 sowie bei Lehrlingen, Anlernlingen und Teilnehmern an berufsvorbereitenden Maßnahmen, wenn der Auszubildende bei seiner Familie wohnt,

DM 150.

- (2) Als monatlicher Bedarf gelten bei Schülern der weiterführenden allgemeinbildenden Schulen ab Klasse 5, der Berufsfach- und Berufsaufbauschulen sowie bei Lehrlingen, Anlernlingen und Teilnehmern an berufsvorbereitenden Maßnahmen, wenn der Auszubildende wegen der Entfernung der Ausbildungsstätte von seinem gewöhnlichen Aufenthalt

1. nicht bei seiner Familie wohnen kann,

DM 320,

2. in einem Internat, einer gleichartigen Einrichtung oder einer Pflegestelle untergebracht werden muß, die tatsächlichen Kosten bis zu einer Höhe von

DM 370

zuzüglich eines Taschengeldes von

DM 20.

Als monatlicher Bedarf gelten für Vollwaisen DM 320; sind sie in einer Einrichtung nach Satz 1 Nr. 2 untergebracht, gelten die dort genannten Beträge.

- (3) Schülern der weiterführenden allgemeinbildenden Schulen ab Klasse 5, Berufsfach- und Berufsaufbauschulen sowie Lehrlingen, Anlernlingen und Teilnehmern berufsvorbereitender Maßnahmen, die bei ihrer Familie wohnen, werden notwendige Kosten für die Fahrt zur Ausbildungsstätte erstattet, wenn sie DM 10 monatlich übersteigen.

- (4) Zur Deckung besonderer Aufwendungen, die mit der geförderten Ausbildung in unmittelbarem Zusammenhang stehen, insbesondere bei Ausbildung im Ausland und Internatsunterbringung, kann Ausbildungsförderung über die Beträge nach den Absätzen 1 bis 3 hinaus gewährt werden, soweit dies zur Vermeidung von Härten erforderlich ist.

§ 13

Bedarf für Studierende

- (1) Als monatlicher Bedarf gelten bei Studierenden der wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Hochschulen, Akademien, Ingenieurschulen und Höheren Fachschulen,
1. wenn der Auszubildende bei seiner Familie wohnt, DM 290,
 2. wenn der Auszubildende nicht bei seiner Familie wohnt, DM 320.
- Wohnt der Auszubildende nicht am Ausbildungsort und entstehen dadurch notwendige Fahrkosten von monatlich mehr als DM 50, so erhöht sich der Betrag nach Satz 1 Nr. 1 um DM 30.
- (2) Bei Fahrschülern mindert sich der Bedarf nach Absatz 1 um jeweils DM 30.
- (3) Erhalten beide Ehegatten Ausbildungsförderung nach den Absätzen 1 oder 2 und wohnen sie im eigenen Hausstand zusammen, so gilt für jeden der Betrag, den er erhalten würde, wenn er nicht bei seiner Familie wohnte. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.
- (4) § 12 Abs. 4 gilt entsprechend.

§ 14

Einkommensbegriff

- (1) Als Einkommen gelten alle Einnahmen in Geld oder Geldeswert nach Abzug
1. der mit ihrer Erzielung verbundenen notwendigen Aufwendungen,
 2. der darauf entfallenden Einkommensteuer, Kirchensteuer und Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer,
 3. der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung und zur Bundesanstalt für Arbeit oder freiwilliger Aufwendungen zur sozialen Sicherung in angemessenem Umfang.

Den Einnahmen stehen Ansprüche auf Leistungen in Geld oder Geldeswert - mit Ausnahme von gesetzlichen Unterhaltsansprüchen - sowie Anwartschaften gleich, die durch Stellung eines Antrages zu derartigen Ansprüchen erwachsen können; das gilt nicht, soweit die Ansprüche oder Anwartschaften nicht zu verwirklichen sind oder aus Unkenntnis oder aus einem wichtigen Grund nicht geltend gemacht worden sind oder geltend gemacht werden.

- (2) Bei Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit wird der nach § 9 a Satz 1 Nr. 1 des Einkommensteuergesetzes vorgeschriebene Pauschbetrag zur Abgeltung der Aufwendungen nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 abgesetzt, sofern nicht höhere Werbungskosten im Sinne von § 9 des Einkommensteuergesetzes nachgewiesen werden. Bei anderen Ein-

nahmen werden als Aufwendungen die Werbungskosten im Sinne des § 9 des Einkommensteuergesetzes oder die Betriebsausgaben im Sinne von § 4 des Einkommensteuergesetzes abgesetzt, jedoch mit Ausnahme von erhöhten Absetzungen und Sonderabschreibungen, soweit sie die nach § 7 des Einkommensteuergesetzes zulässigen Absetzungen für Abnutzung übersteigen.

(3) Nicht als Einkommen gelten

1. Leistungen, die nach bundes- oder landesgesetzlichen Vorschriften gewährt werden, um einen Mehrbedarf zu decken, der durch einen Körperschaden verursacht ist,
2. Leistungen der vorbeugenden oder nachgehenden Gesundheitsfürsorge,
3. die Grundrente des Beschädigten und die Schwerstbeschädigtenzulage nach § 31 des Bundesversorgungsgesetzes, die Renten, die in entsprechender Aufwendung der Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes über die Grundrente des Beschädigten und die Schwerstbeschädigtenzulage gewährt werden, und die Renten, die den Opfern nationalsozialistischer Verfolgung wegen einer durch die Verfolgung erlittenen Gesundheitsschädigung gewährt werden, bis zur Höhe des Betrages, der in der Kriegsopferversorgung bei gleicher Minderung der Erwerbsfähigkeit als Grundrente und Schwerstbeschädigtenzulage gewährt würde, sowie ein der Grundrente des Beschädigten und der Schwerstbeschädigtenzulage nach dem Bundesversorgungsgesetz entsprechender Betrag, wenn diese Leistungen nach § 65 des Bundesversorgungsgesetzes ruhen,
4. sonstige Leistungen, deren Zweckbestimmung ihrer Berücksichtigung als Einkommen entgegensteht,
5. Unterhaltsleistungen der Eltern des Auszubildenden und seines Ehegatten, es sei denn, daß dieser dauernd von ihm getrennt lebt.

§ 15

Berechnungszeitraum für das Einkommen des Auszubildenden

- (1) Einkommen des Auszubildenden, das in jedem Kalendermonat des Bewilligungszeitraumes (§ 40) regelmäßig wiederkehrt, wird auf den Bedarf des Kalendermonats angerechnet, auf den es entfällt.
- (2) Von sonstigen Einkommen des Auszubildenden, das im Bewilligungszeitraum anfällt, wird auf den Bedarf jedes Kalendermonats des Bewilligungszeitraumes der Betrag angerechnet, der sich ergibt, wenn die Summe dieses Einkommens durch die Zahl der Kalendermonate des Bewilligungszeitraumes geteilt wird.

§ 16

Anrechnung des Einkommens des Auszubildenden

(1) Vom Arbeitseinkommen des Auszubildenden bleiben für ihn selbst jährlich anrechnungsfrei

1. bei Schülern weiterführender allgemeinbildender Schulen, Berufsfach- und Berufsaufbauschulen sowie bei Lehrlingen, Anlernlingen und Teilnehmern berufsvorbereitender Maßnahmen,

DM 600

2. bei anderen Auszubildenden,

DM 900.*)

Einkommen aus Vermögen ist bis zu DM 300 dem Arbeitseinkommen gleichzustellen.

(2) Vom Arbeitseinkommen des Auszubildenden bleiben jährlich anrechnungsfrei

1. für den Ehegatten des Auszubildenden,

DM 3.600,

2. für jedes Kind des Auszubildenden,

DM 1.800.

Diese Beträge mindern sich um Einkommen des Auszubildenden, des Ehegatten und des Kindes, das dazu bestimmt ist oder üblicher- oder zumutbarerweise dazu verwendet wird, den Unterhaltsbedarf des Ehegatten und der Kinder des Auszubildenden zu decken. Als Kinder werden die in § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 6 des Bundeskindergeldgesetzes bezeichneten Personen berücksichtigt.

§ 17

Berechnungszeitraum für das Einkommen der Eltern und des Ehegatten

(1) Für die Anrechnung des Einkommens der Eltern und des Ehegatten des Auszubildenden sind die Einkommensverhältnisse des Kalenderjahres vor Beginn des Bewilligungszeitraumes (§ 40), für den Ausbildungsförderung beantragt ist, maßgeblich.

(2) Läßt sich dieses Einkommen noch nicht feststellen, so wird unter Berücksichtigung der glaubhaft gemachten Einkommensverhältnisse über den Antrag entschieden. Ausbildungsförderung wird insoweit unter dem Vorbehalt der Rückforderung gewährt.

*) Im Ergebnis bedeutet dies unter Berücksichtigung der Werbungskosten - pauschale Sätze in Höhe von DM 100 bis 125.

- (3) Wird glaubhaft gemacht, daß das Einkommen in dem Bewilligungszeitraum, für den die Gewährung von Ausbildungsförderung in Betracht kommt, voraussichtlich wesentlich niedriger sein wird als das nach Absatz 1 oder 2 maßgebliche Einkommen, so wird das voraussichtliche Einkommen dieses Bewilligungszeitraumes zugrundegelegt. Ausbildungsförderung wird insoweit unter dem Vorbehalt der Rückforderung gewährt.
- (4) Als Monatseinkommen gilt ein Zwölftel des Jahreseinkommens.

§ 18

Anrechnung des Einkommens der Eltern und des Ehegatten

- (1) Es bleiben jährlich anrechnungsfrei
1. vom Einkommen der Eltern, sofern sie nicht geschieden sind oder dauernd getrennt leben, DM 8.400,
 2. vom Einkommen eines alleinstehenden oder dauernd getrennt lebenden Elternteils oder des Ehegatten, DM 5.520.

Der Freibetrag von DM 5.520 gilt auch für den Elternteil, der mit einer Person verheiratet ist, die nicht in Eltern-Kind-Beziehung zum Auszubildenden steht.

- (2) Haben beide Elternteile Arbeitseinkommen, so erhöht sich der Freibetrag nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 um das Einkommen des Elternteils mit dem niedrigeren Einkommen, jedoch höchstens um DM 1.320.
- (3) Die Freibeträge des Absatzes 1 erhöhen sich
1. für jedes Kind und den Ehegatten des Einkommensbeziehers, wenn sie in einer Ausbildung stehen, die nach diesem Gesetz oder nach anderen Vorschriften entsprechend gefördert werden kann, um DM 600,
 2. für andere Kinder und für weitere nach dem bürgerlichen Recht Unterhaltsberechtigte,
 - a) die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, um je DM 1.920,
 - b) die das 14. Lebensjahr vollendet haben, um je DM 2.880.

Diese Beträge mindern sich um die Einkünfte des Kindes, des Ehegatten oder des sonstigen Unterhaltsberechtigten, die dazu bestimmt sind

oder üblicher- oder zumutbarerweise dazu verwendet werden, deren Unterhaltsbedarf zu decken; das gilt in den Fällen des Satzes 1 Nr. 1 jedoch nur, soweit die Einkünfte die nach den §§ 12 und 13 in Betracht kommenden Bedarfssätze übersteigen.

- (4) Das die Freibeträge nach den Absätzen 1 bis 3 übersteigende Einkommen der Eltern und des Ehegatten bleibt zu 25 v.H. anrechnungsfrei. Der Vomhundertsatz erhöht sich um 5 für jedes Kind, für das ein Freibetrag nach Absatz 3 gewährt wird.
- (5) Als Kinder werden die i. § 2 Abs. 1 Satz 1 des Bundeskindergeldgesetzes bezeichneten Personen berücksichtigt.
- (6) Zur Vermeidung unbilliger Härten kann abweichend von den vorstehenden Vorschriften ein weiterer Teil des Einkommens anrechnungsfrei bleiben.

§ 19

Anrechnung des Vermögens

Das verwertbare Vermögen des Auszubildenden, seiner Eltern und seines Ehegatten wird auf den Bedarf angerechnet, soweit ohne diese Anrechnung die Gewährung von Ausbildungsförderung offenbar nicht gerechtfertigt wäre. Das Nähere bestimmt die Bundesregierung durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates.

§ 20

Anpassung der Bedarfssätze und Freibeträge

Ob die Bedarfssätze und Freibeträge Veränderungen des Lohn- und Preisgefüges anzupassen sind, prüft der zuständige Bundesminister. Er hat über das Ergebnis seiner Prüfung im Abstand von höchstens zwei Jahren den Beirat (§ 33) zu berichten.

§ 21

Förderungsarten

- (1) Ausbildungsförderung wird in vollem Umfang als Zuschuß gewährt

* SED-Alternative:

(4) Vom Einkommen der Eltern und des Ehegatten, das die Freibeträge nach den Absätzen 1 bis 3 übersteigt, bleiben 5 v.H. für jedes Kind anrechnungsfrei, für das ein Freibetrag nach Absatz 3 gewährt wird.

1. Schülern von
 - a) weiterführenden allgemeinbildenden Schulen,
 - b) Berufsfachschulen, Berufsaufbauschulen und Fachschulen,
 - c) allgemeinbildenden Ausbildungsstätten des Zweiten Bildungsweges,
2. Lehrlingen, Anlernlingen und Teilnehmern berufsvorbereitender Maßnahmen,
3. Praktikanten, die ein Praktikum im Zusammenhang mit dem Besuch der in Nr. 1 genannten Schulen leisten müssen.

(2) Ausbildungsförderung wird den Studierenden an wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Hochschulen, Akademien, Ingenieurschulen und Höheren Fachschulen zu zwei Dritteln als Zuschuß, im übrigen bis zu dem Betrag von DM 3.000 als Darlehen gewährt. Dieses Darlehen ermäßigt sich auf einen Betrag von DM 2.000, wenn der Auszubildende die Ausbildung mit Erfolg abgeschlossen hat.

(3) Abweichend von den Absätzen 1 und 2 ist Ausbildungsförderung als Darlehen zu gewähren

1. für die Ausbildung eines Deutschen, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat, an einer dort gelegenen Ausbildungsstätte (§ 6 Abs. 2),
2. für eine weitere Ausbildung nach Abschluß einer ersten berufsqualifizierenden Ausbildung, es sei denn, daß die Voraussetzungen des § 7 Abs. 2 Satz 1 gegeben sind (§ 7 Abs. 2),
3. für eine andere Ausbildung nach Abbruch einer Ausbildung aus wichtigem Grund (§ 7 Abs. 3),
4. für eine Ausbildung, die erst nach Vollendung des 30. Lebensjahres begonnen wird, es sei denn, daß die Voraussetzung des § 10 Abs. 3 Nr. 1 gegeben ist (§ 10 Abs. 3),
5. für eine Höchstförderungsdauer infolge einer Ausbildung im Ausland überschreitenden Ausbildung (§ 23 Abs. 2 Nr. 2).

Ausbildungsförderung kann in diesen Fällen auch ganz oder teilweise als Zuschuß gewährt werden, wenn die besonderen Umstände des Einzelfalles, insbesondere die Leistungen des Auszubildenden, die Förderlichkeit der Ausbildung für den angestrebten Beruf oder die Höhe der bereits als Darlehen gewährten Ausbildungsförderung, dies rechtfertigen.

(4) Abweichend von Absatz 2 wird Ausbildungsförderung nur als Darlehen gewährt, wenn die Höchstförderungsdauer wegen des erstmaligen Nichtbestehens der Abschlußprüfung überschritten wird (§ 23 Abs. 2 Nr. 3).

- (5) Darlehen nach den Absätzen 3 und 4 dürfen den Gesamtbetrag von DM 6.000 nicht übersteigen, es sei denn, daß sie für eine weitere Ausbildung im Sinne des § 7 Abs. 2 Satz 2 gewährt werden.

§ 22

Darlehensbedingungen

- (1) Das Darlehn ist nicht zu verzinsen.
- (2) Von dem Darlehensnehmer wird ein einmaliger Unkostenbeitrag in Höhe von 3 v.H. der zurückzuzahlenden Darlehenssumme erhoben, der nach Beendigung der Förderung dem Darlehensbetrag hinzuge-rechnet wird.
- (3) Abweichend von Absatz 1 ist das Darlehn mit 6 v.H. für das Jahr zu verzinsen, wenn der Darlehensnehmer mit der Rückzahlung in Verzug gerät. Aufwendungen für die Geltendmachung der Darlehensforderung sind hierdurch nicht abgegolten.
- (4) Das Darlehn ist in monatlichen Raten von DM 50 zurückzuzahlen. Die erste Rate ist drei Jahre nach Beendigung der Ausbildung zu leisten.

§ 23

Förderungsdauer

- (1) Ausbildungsförderung wird für die Dauer der Ausbildung - einschließlich der vorlesungs- und unterrichtsfreien Zeit - ge-währt, bei dem Besuch der in § 2 Abs. 1 Nr. 3 bis 5 bezeichne-ten Ausbildungsstätten jedoch nicht über die Zeit hinaus, in der das Erreichen des Ausbildungsziels zumutbar ist (Höchst-förderungsdauer).
- (2) Darüber hinaus wird für eine angemessene Zeit Ausbildungsför-derung gewährt, wenn die Höchstförderungsdauer
1. aus zwingenden Gründen,
 2. infolge einer Ausbildung im Ausland,
 3. infolge des erstmaligen Nichtbestehens der Abschlußprüfung überschritten wird.

- (3) Ausbildungsförderung wird vom Beginn des Antragsmonats, frühestens jedoch vom Beginn des Monats an, in dem die Ausbildung aufgenommen wird, gewährt.
- (4) Die Bundesregierung bestimmt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrats unter Berücksichtigung der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für jede Ausbildung die Höchstförderungsdauer.

§ 24

Förderungsdauer der Ausbildung im Ausland

- (1) Für eine Ausbildung im Ausland nach § 6 Abs. 1 wird Ausbildungsförderung für die Dauer eines Jahres gewährt, wenn wenigstens ein Teil dieser Ausbildung auf die vorgeschriebene oder übliche Ausbildungszeit angerechnet wird.
- (2) Darüber hinaus wird beim Besuch wissenschaftlicher Hochschulen Ausbildungsförderung für ein weiteres Jahr gewährt, wenn das Auslandsstudium für den Auszubildenden von besonderer Bedeutung ist.

§ 25

Übertragbarkeit des Anspruchs

Der Anspruch auf Ausbildungsförderung kann nicht gepfändet, verpfändet oder abgetreten werden.

§ 26

Rückzahlungspflicht

- (1) Haben die Voraussetzungen für die Gewährung der Ausbildungsförderung an keinem Tage des Kalendermonats, für den die Ausbildungsförderung gewährt worden ist, vorgelegen, so ist die Ausbildungsförderung insoweit zurückzuzahlen, als
 1. der Auszubildende die Gewährung dadurch herbeigeführt hat, daß er vorsätzlich oder grobfahrlässig falsche oder unvollständige Angaben gemacht oder eine Anzeige nach § 42 unterlassen hat,

2. der Auszubildende gewußt oder infolge grober Fahrlässigkeit nicht gewußt hat, daß die Voraussetzungen für die Gewährung von Ausbildungsförderung nicht erfüllt waren, oder
 3. der Auszubildende nach der Bewilligung der Ausbildungsförderung Einkommen im Sinne des § 14 erzielt hat, das bei der Bewilligung der Ausbildungsförderung nicht berücksichtigt worden ist.
- (2) Soweit der Anspruch auf Rückzahlung nicht freiwillig erfüllt wird, werden zurückzuzahlende Beträge wie Gemeindeabgaben eingezogen.

§ 29

Überleitung von Unterhaltsansprüchen

- (1) Hat der Auszubildende für die Zeit, für die ihm Ausbildungsförderung gewährt wird, gegen seine Eltern oder seinen Ehegatten einen Anspruch auf Leistung eines ihm nach den Vorschriften dieses Gesetzes auf den Bedarf anzurechnenden Unterhaltsbetrages, so kann das Amt für Ausbildungsförderung den Übergang dieses Anspruchs auf den Bund in Höhe seiner Aufwendungen durch schriftliche Anzeige an den Verpflichteten bewirken.
- (2) Die schriftliche Anzeige bewirkt den Übergang des Anspruchs für die Zeit, für die dem Auszubildenden die Ausbildungsförderung ohne Unterbrechung gewährt wird; als Unterbrechung gilt ein Zeitraum von mehr als zwei Monaten. Der Übergang ist nicht dadurch ausgeschlossen, daß der Anspruch nicht übertragen, verpfändet oder gepfändet werden kann.
- (3) Für die Vergangenheit können Eltern und Ehegatte **) des Auszubildenden außer unter den Voraussetzungen des bürgerlichen Rechts nur in Anspruch genommen werden, wenn ihnen die Gewährung der Ausbildungsförderung unverzüglich schriftlich mitgeteilt worden ist.

*) Ergänzung: CDU/CSU

(1 a) Hat der Auszubildende für die Zeit, für die ihm Ausbildungsförderung gewährt wird, einen Unterhaltsanspruch gegen seine Großeltern, so kann das Amt für Ausbildungsförderung den Übergang dieses Anspruchs auf den Bund bis zur Höhe seiner Aufwendungen durch schriftliche Anzeige an den Verpflichteten bewirken. Die §§ 18, 19 gelten entsprechend.

**) Ergänzung: CDU/CSU "und Großeltern".

Zu § 29:

- (4) Widerspruch und Anfechtungsklage gegen den Verwaltungsakt, der den Übergang des Anspruchs bewirkt, haben keine aufschiebende Wirkung.
- (5) Der Anspruch ist vom Zugang der Überleitungsanzeige an mit 6 v.H. zu verzinsen.

§ 30

Überleitung von öffentlich-rechtlichen Leistungsansprüchen

- (1) Hat der Auszubildende für die Zeit, für die ihm Ausbildungsförderung gewährt wird, gegen einen Träger der Sozialversicherung, einen öffentlich-rechtlichen Dienstherren oder eine öffentlich-rechtliche Kasse Anspruch auf eine Leistung, die auf den Bedarf anzurechnen ist, so kann das Amt für Ausbildungsförderung den Übergang dieses Anspruchs auf den Bund in Höhe seiner Aufwendungen durch schriftliche Anzeige an den Verpflichteten bewirken.
- (2) § 29 Abs. 2 und 4 ist anzuwenden.

A b s c h n i t t V

Organisation

§ 31

Beauftragung der Bundesanstalt für Arbeit

- (1) Die Bundesanstalt für Arbeit führt dieses Gesetz nach fachlichen Weisungen des Bundesministers für Familie und Jugend durch.
- (2) Bei der Durchführung dieses Gesetzes führen die Arbeitsämter die Bezeichnung "Amt für Ausbildungsförderung".

§ 32

Mitwirkung der Ausbildungsstätten

Soweit Ausbildungsstätten nach den Vorschriften dieses Gesetzes gut-

achtlich Stellung zu nehmen haben, kann das Verfahren durch Landesrecht geregelt werden.

§ 33

Beirat für Ausbildungsförderung

- (1) Bei dem zuständigen Bundesministerium wird ein Beirat für Ausbildungsförderung errichtet.
- (2) Dem Beirat gehören an
 1. fünf Vertreter aus dem Schul- und Berufsausbildungswesen - auf Vorschlag der Länder,
 2. drei Vertreter aus dem Kreis der Auszubildenden und ihrer Eltern - auf Vorschlag der Länder,
 3. ein Vertreter der Bundesanstalt für Arbeit - auf deren Vorschlag,
 4. je ein Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer - auf Vorschlag der jeweiligen Spitzenverbände,
 5. ein Vertreter aus dem Bereich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften - auf Vorschlag der Westdeutschen Rektorenkonferenz.
- (3) Die Mitglieder des Beirats werden durch den zuständigen Bundesminister für die Dauer von vier Jahren berufen.

§ 34

Aufgaben des Beirats

- (1) Der Beirat unterbreitet dem zuständigen Bundesministerium Vorschläge für
 1. die Durchführung dieses Gesetzes,
 2. die weitere Ausgestaltung der gesetzlichen Regelung der individuellen Ausbildungsförderung.
- (2) Der Beirat nimmt zu dem Bericht des zuständigen Bundesministeriums über die Anpassung der Bedarfssätze und Freibeträge (§ 20) Stellung. Diese Stellungnahme ist mit dem Prüfungsbericht durch den zuständigen Bundesminister dem Bundestag und dem Bundesrat zur Kenntnis zu bringen.

A b s c h n i t t VI

Verfahren

§ 35

Örtliche Zuständigkeit

- (1) Für die Gewährung der Ausbildungsförderung ist das Amt für Ausbildungsförderung zuständig, in dessen Bereich die Eltern des Auszubildenden oder, wenn nur noch ein Elternteil lebt, dieser den gewöhnlichen Aufenthalt haben.
- (2) Ist der Auszubildende verheiratet, leben seine Eltern nicht mehr oder haben sie ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort nicht in dem Bezirk desselben Amtes für Ausbildungsförderung, so ist das Amt für Ausbildungsförderung zuständig, in dessen Bereich der Auszubildende seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.
- (3) Für die Gewährung von Ausbildungsförderung an einen Deutschen, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat und dort eine Ausbildungsstätte besucht, ist das Amt für Ausbildungsförderung in Bonn zuständig.

§ 36

Antrag

- (1) Ausbildungsförderung wird auf schriftlichen Antrag gewährt. *)
- (2) Der Antrag ist an das örtliche zuständige Amt für Ausbildungsförderung zu richten. Dem Eingang des Antrages bei diesem Amt steht der Eingang bei einer anderen deutschen Behörde gleich.
- (3) Der Antragsteller hat die zur Feststellung des Anspruchs erforderlichen Tatsachen anzugeben, die Beweismittel zu bezeichnen, sowie auf Verlangen Urkunden, insbesondere Zeugnisse und gutachtliche Stellungnahmen (§ 38) zu beschaffen bzw. vorzulegen.

*) Ergänzung: SPD:

- (1 a) Hat der Auszubildende das 18. Lebensjahr vollendet, so kann er den Antrag ohne Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters stellen.

§ 37

Ermittlungen, Amtshilfe, Auskunftspflicht

- (1) Das Amt für Ausbildungsförderung trifft die Feststellungen, die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlich sind; eidliche Vernehmungen sind ausgeschlossen.
- (2) Die Ausbildungsstätten und Prüfungsbehörden geben die nach § 38 erforderlichen gutachtlichen Stellungnahmen ab.
- (3) Behörden und Träger von Sozialleistungen leisten den Ämtern für Ausbildungsförderung Amtshilfe. Die Finanzbehörden erteilen Auskünfte über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Auszubildenden, seiner Eltern und seines Ehegatten, soweit die Durchführung des Gesetzes es erfordert.
- (4) Die Eltern und der Ehegatte des Auszubildenden sind verpflichtet, dem Amt für Ausbildungsförderung auf Verlangen Auskünfte zu erteilen und Urkunden vorzulegen, soweit die Durchführung dieses Gesetzes es erfordert.
- (5) Die Arbeitgeber des Auszubildenden, seiner Eltern und seines Ehegatten sind verpflichtet, auf Verlangen dieser Personen Bescheinigungen über deren Arbeitslohn und auf der Lohnsteuerkarte eingetragenen steuerfreien Jahresbetrag auszustellen und auf Verlangen des Amtes für Ausbildungsförderung Auskünfte zu erteilen und Urkunden vorzulegen, soweit die Durchführung dieses Gesetzes es erfordert.

§ 38

Feststellung der Eignung

- (1) Bei Beginn der Ausbildung gilt der Auszubildende als geeignet (§ 9), wenn er die Voraussetzungen für die Aufnahme in die Ausbildungsstätte erfüllt. Aus wichtigem Grund kann das Amt für Ausbildungsförderung eine gutachtliche Stellungnahme der Ausbildungsstätte, die der Auszubildende besuchen will, einholen.
- (2) Für das dritte, fünfte und siebente Ausbildungsjahr wird Ausbildungsförderung nur gewährt, wenn der Auszubildende jeweils Zeugnisse vorlegt, aus denen sich seine Eignung (§ 9) ergibt. Aus wichtigem Grund, insbesondere wenn er Zeugnisse nicht vorzulegen vermag, hat der Auszubildende auf Verlangen des Amtes für Ausbildungsförderung eine gutachtliche Stellungnahme über seine Eignung (§ 9) von der Ausbildungsstätte beizubringen, die er besucht.
- (3) Beantragt der Auszubildende Ausbildungsförderung nach Beginn der Ausbildung, so gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.

(4) Ausbildungsförderung nach § 6 Abs. 1, § 7 Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 und § 24 Abs. 2 kann das Amt für Ausbildungsförderung nur gewähren, wenn der Auszubildende eine gutachtliche Stellungnahme der Ausbildungsstätte beibringt, die er bisher besucht hat oder im Fall des § 7 Abs. 3 künftig besuchen will.

(5) Vor Entscheidung über die Gewährung von Ausbildungsförderung nach § 23 Abs. 2 Nr. 3 holt das Amt für Ausbildungsförderung eine gutachtliche Stellungnahme der Prüfungsbehörde darüber ein, ob die Leistungen erwarten lassen, daß der Auszubildende das Ausbildungsziel bei einer Wiederholung der Prüfung erreicht.

(6) Von der gutachtlichen Stellungnahme einer Ausbildungsstätte oder Prüfungsbehörde kann das Amt für Ausbildungsförderung nur aus wichtigem Grund, der dem Auszubildenden schriftlich mitzuteilen ist, abweichen.

§ 39

Förmlicher Bescheid

Die Entscheidung über den Antrag ist dem Antragsteller schriftlich mitzuteilen.

§ 41

Änderungsanzeige

Der Auszubildende ist verpflichtet, Änderungen der Tatsachen, die für die Ausbildungsförderung maßgebend sind, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung anzuzeigen.

§ 42

Änderung des Bewilligungsbescheides

Ändern sich die für die Gewährung der Ausbildungsförderung maßgeblichen Verhältnisse im Laufe des Bewilligungszeitraumes, so wird der Förderungsbetrag von dem Kalendermonat an geändert, von dem an eine Änderung um wenigstens 10 Deutsche Mark gerechtfertigt ist.

§ 40

Bewilligungszeitraum und Zahlweise

(1) Ausbildungsförderung ist in der Regel für ein Jahr zu bewilligen (Bewilligungszeitraum).

(2) Sie ist monatlich im voraus zu zahlen.

- (3) Können die zur Entscheidung über den Antrag erforderlichen Feststellungen nicht rechtzeitig getroffen werden, so kann für drei Monate Ausbildungsförderung bis zur Höhe von 250 Deutsche Mark monatlich unter dem Vorbehalt der Rückforderung gewährt werden.
- (4) Förderungsbeträge unter 10 DM werden nicht gewährt.
- (5) Auszahlungsbeträge sind auf volle Deutsche Mark aufzurunden.

§ 43

Verletzung der Geheimhaltungspflicht

- (1) Wer ein fremdes Geheimnis, das ihm in seiner Eigenschaft als Mitglied eines Organs oder Bediensteter der Bundesanstalt bei seiner Tätigkeit auf Grund dieses Gesetzes bekanntgeworden ist, unbefugt offenbart, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafen oder mit einer dieser Strafen bestraft.
- (2) Handelt der Täter gegen Entgelt oder in der Absicht, sich oder einem anderen zu bereichern oder einen anderen zu schädigen, so ist die Strafe Gefängnis bis zu zwei Jahren; daneben kann auf Geldstrafe erkannt werden. Ebenso wird bestraft, wer ein fremdes Geheimnis, namentlich ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, das ihm unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 bekanntgeworden ist, unbefugt verwertet.
- (3) Die Tat wird nur auf Antrag des Verletzten verfolgt.

§ 44

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder grob fahrlässig
 1. entgegen § 37 Abs. 4 oder 5 eine Auskunft nicht, nicht richtig oder nicht vollständig erteilt oder eine Urkunde nicht vorlegt,
 2. entgegen § 37 Abs. 5 eine Bescheinigung nicht, nicht richtig oder nicht vollständig ausstellt,
 3. die in § 41 vorgeschriebene Änderungsanzeige nicht richtig, nicht vollständig oder nicht unverzüglich erstattet.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden.
- (3) Geldbußen werden wie Gemeindeabgaben beigetrieben.
- (4) Verwaltungsbehörden im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten sind die Ämter für Ausbildungsförderung.

A b s c h n i t t VII

Kostentragung

§ 46

Aufbringung der Mittel durch den Bund

(1) Die Aufwendungen, die der Bundesanstalt für Arbeit bei der Durchführung dieses Gesetzes entstehen, trägt der Bund.

(2) Der Bund erstattet die Verwaltungskosten, die der Bundesanstalt aus der Durchführung dieses Gesetzes entstehen, in einem Pauschalbetrag, der zwischen der Bundesregierung und der Bundesanstalt vereinbart wird.

§ 45

Rechtsweg

Für öffentlich-rechtliche Streitigkeiten aus diesem Gesetz ist der Verwaltungsrechtsweg gegeben.

A b s c h n i t t VIII

Schlußvorschrift

§ 47

Abgrenzung zur Tuberkulosehilfe

Ausbildungsförderung nach diesem Gesetz wird nicht gewährt, wenn der Auszubildende einen Anspruch auf Hilfe zur Eingliederung in das Arbeitsleben im Rahmen der Tuberkulosehilfe hat (§ 50 des Bundessozialhilfegesetzes).

§ 49

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

Inkrafttreten

(1) Das Gesetz tritt am 1. Juli 1970 in Kraft, soweit es die Gewährung von Ausbildungsförderung vorsieht für

1. Schüler von weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und Berufsaufbauschulen ab Klasse 11,
2. Schüler von Fachschulen,
3. Schüler von allgemeinbildenden Ausbildungsstätten des Zweiten Bildungsweges (§ 3),
4. Studierenden an Akademien, Ingenieurschulen und Höheren Fachschulen,
5. Studierenden an wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Hochschulen,
6. Praktikanten.

(2) In übrigen tritt das Gesetz in Kraft am